



## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung gratuliert Vorsitzender Herr Dr. Bruder Frau Saskia Vohns zu ihrer Hochzeit, wünscht im Namen des Beirates für Behindertenfragen alles Gute und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt die Anwesenden zur 21. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung gibt er folgende Informationen:

1. Frau Zimmermann sei in Vertretung für Herrn Schloemann für die heutige Sitzung als Schriftführerin zu bestellen. Die Tagesordnung müsse zu Anfang um den **Tagesordnungspunkt 1 „Bestellung der Schriftführung“ erweitert** werden. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.
2. **Tagesordnungspunkt 5.1** „Kürzung der Landesmittel für schulische Inklusion“ müsse auf die Sitzung am 15.11.2023 **vertagt** werden, da eine Antwort der Verwaltung aufgrund der derzeit noch laufenden Diskussion zur Kürzung der Landesmittel nicht möglich sei.
3. **Tagesordnungspunkt 7 „EAA - Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber“ entfalle** aufgrund der kurzfristigen Erkrankung beider Berichterstatte\*innen.
4. **Tagesordnungspunkt 9 „Öffentliche Toiletten in Bielefeld – Sachstand“** werde abgesetzt, da es hierzu noch verwaltungsin-tern Abstimmungsbedarf gebe.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Die Anwesenden haben keine Einwände zur erweiterten Tagesordnung.

-.-.-

### **Zu Punkt 1**

#### Bestellung der Schriftführung

Die Verwaltung schlägt vor, Frau Britta Zimmermann, Amt für Soziale Leistungen - Sozialamt -, für die heutige Sitzung als Schriftführerin des Beirates für Behindertenfragen zu bestellen.

#### Beschluss:

**Frau Britta Zimmermann wird für die heutige Sitzung zur Schriftführerin des Beirates für Behindertenfragen bestellt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 2**      **Einwohnerfragestunde**

Es sind keine Einwohner\*innen anwesend.

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 23.08.2023**

Frau Dörrie-Sell hat eine Anmerkung zu Punkt 6 der Niederschrift. Auf Seite 5 seien ihre Frage und die Antwort nicht ausreichend wiedergegeben. Sie wünscht die Ergänzung um die Formulierung: „Die Frage von Frau Dörrie-Sell wird dahingehend beantwortet, dass eine wissenschaftliche Begleitung des Projektes entsprechend des ICF nicht stattfindet.“

Vorsitzender Dr. Bruder lässt unter Berücksichtigung dieser Änderung über die Niederschrift abstimmen.

Es ergeht folgender

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 23.08.2023 wird unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderung nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 4**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 4.1**      **Inklusionsdinner 2023**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Büros für Sozialplanung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur **Kenntnis** -

-.-.-

**Zu Punkt 5**      **Anfragen**

**Zu Punkt 5.1**      **Kürzung der Landesmittel für schulische Inklusion (Anfrage von Dr. Bruder vom 14.09.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6779/2020-2025

Eine Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vorher, daher wird der Tagesordnungspunkt vertagt.

-----  
*Hinweis der Schriftführung*

*Eine Diskussion zum Thema erfolgte unter TOP 17 „Bericht an die Presse“.*  
-----

- vertagt -

---

**Zu Punkt 6**      **Anträge**

**Zu Punkt 6.1**      **Beschäftigung eigener Gebärdensprachdolmetscher\*innen der Stadt Bielefeld (Antrag von Herrn Dr. Bruder vom 07.09.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6731/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt den Antrag vor. Herr Wittler unterstützt ihn mit dem Argument, dass die Beauftragung externer Gebärdendolmetscher eines langen Vorlaufs bedürfe, während sie als städtische Beschäftigte flexibler einsetzbar wären. Zudem ließen sich externe Dolmetscher ihre teilweise weiten Anfahrtszeiten als Einsatzzeit vergüten.

Frau Dörrie-Sell fragt nach dem Bedarf für die Vorhaltung dieser Dienstleistung. Herr Hagemann erläutert hierzu, dass der Prüfauftrag zwei Fragen beantwortet solle: Wie viel kosten die externen Gebärdendolmetscher\*innen und wie viele Gebärdendolmetscher\*innen könne die Stadt Bielefeld für diesen Aufwand einstellen. Der Bedarf sei über die aktuellen Einsätze hinaus vorhanden, eine Idee sei z.B. eine Bürger\*innensprechstunde in den Bezirksämtern.

Es ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss und dem Finanz- und Personalaus-**

schuss, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, inwieweit die Beschäftigung von städtischen Gebärdensprachdolmetscher\*innen in ausreichender Anzahl im Vergleich zur Beauftragung externer Gebärdendolmetscher\*innen vorteilhaft sein könnte. Der Vergleich soll in Hinblick auf Einsatzmöglichkeiten, Einsatzanzahl, Kosten sowie weitere Voraussetzungen (mögliche Fördergelder etc.) erfolgen.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6.2** **Beitritt der Stadt Bielefeld zur Zutrittskampagne „Assistenzhundfreundliche Kommunen“ (Antrag von Herrn Dr. Bruder vom 07.09.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6732/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt den Antrag vor und lässt darüber abstimmen.

Es ergeht folgender

**Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, der Zutrittskampagne „Assistenzhundfreundliche Kommunen“ der gemeinnützigen Organisation Pfotenpiloten e. V. beizutreten.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 6.3** **Umsetzung der Leichten Sprache bei der Stadt Bielefeld (Antrag von Herrn Dr. Bruder vom 07.09.2023)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6765/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt den Antrag vor. Er habe zum Ziel, dass die Übersetzung von Texten der Stadt Bielefeld in leichte Sprache weitergeführt und ausgeweitet werde. Die dafür benötigten Entscheidungsgrundlagen sollten durch den Prüfauftrag an die Verwaltung ermittelt werden, insbesondere was die kostengünstigere Lösung sei.

Auf die Frage von Herrn Wittler, wie gut die Übersetzungssoftware funktioniere, antwortet Herr Dr. Bruder, dass die Übersetzung von Alltagstexten recht gut sei. Die Herausforderung bestehe darin, amtliche Texte rechtssicher in leichter Sprache zu formulieren. Daher werde es oft nur möglich sein, amtlichen Schreiben (z.B. Bescheiden) eine Erklärung in leichter Sprache beizufügen, nicht aber, sie ganz in leichter Sprache zu erstellen.

Zum von Frau Labarbe angeregten Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen berichtet Frau Rocker über den regen Austausch mit der Stadt Hamburg.

Frau Dörrie-Sell bittet darauf zu achten, dass die Ergebnisse in leichter Sprache auch barrierefrei hinsichtlich neurologischer Effekte seien, damit sie auch z.B. von Menschen mit einer epileptischen Erkrankung genutzt werden könnten. Frau Rocker erläutert hierzu das Prüfverfahren anhand des bestehenden Regelwerkes für leichte Sprache, in das auch eine Prüfgruppe von Menschen mit verschiedenen Behinderungen eingebunden sei. Frau Dörrie-Selle regt an, auch Personen mit neurologischen Erkrankungen und Anfallsneigung in diese Prüfgruppe aufzunehmen.

Es ergeht folgender

#### **Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss und dem Finanz- und Personalausschuss, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, inwieweit eine interne Lösung gegenüber der externen Vergabe an Übersetzungsbüros für Leichte Sprache wirtschaftlicher ist. Der Vergleich soll in Hinblick auf Einsatzeffizienz, Kosten sowie weitere Voraussetzungen erfolgen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 7**

#### **EAA - Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber**

- vertagt -

-.-.-

## Zu Punkt 8

### Soziale Stadt Baumheide - Neue Mitte (INSEK Projekt A2/A3) hier: Neugestaltung Teilbereich Straßenrand und Wasser- spielplatz, Bauabschnitt 1b und Teilbereich Straßenraum Stau- fer- und Donauschwabenstraße

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6777/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder berichtet, dass es bereits zahlreiche Treffen und Abstimmungen hinsichtlich der Barrierefreiheit gegeben habe. Der Beirat für Behindertenfragen werde auch in der Bauausführungsphase weiter beteiligt werden, so dass ein guter barrierefreier Standard erreicht werde. Er rechne mit einer Realisierung in den Jahren 2028/2029.

Frau Stock ist irritiert über den 2. Satz der Begründung der Vorlage. Ihrer Ansicht nach sei noch lange nicht alles fertiggestellt, trotz der großen Baustelle sei am 14.10. ein Festakt geplant. Herr Hagemann ergänzt, dass ihm für die Eröffnung Ostern bzw. Mitte 2024 avisiert worden sei.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder merkt an, dass die notwendigen Beschlüsse möglicherweise wegen der Frist für die Beantragung von Fördermitteln jetzt schon eingeholt würden und lässt über die Vorlage abstimmen.

#### Beschluss:

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt der Bezirksvertretung Heepen, zu beschließen: Es sollen Städtebaufördermittel für die geplante Teilmaßnahme „Bauabschnitt 1b Neue Mitte“ durch die Verwaltung beantragt werden. Mit positivem Bewilligungsbescheid soll die geplante Teilmaßnahme ab dem Jahr 2024 umgesetzt werden.**

#### **Die BV Heepen beschließt**

- **die Umgestaltung der Stauferstraße und der Donauschwabenstraße im Zusammenhang mit der Herstellung der Stellplätze im öffentlichen Verkehrsraum.**
- **die Ablösung der Stellplätze des Freizeitentrums**
- **die Verlängerung der Tempo 30 Zone in der Stauferstraße um ca. 25 m in westlicher Richtung, bis zur Zufahrt zum Parkplatz des Aldi Verbrauchermarktes.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 9**      **Öffentliche Toiletten in Bielefeld - Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6785/2020-2025

- abgesetzt -

-.-.-

**Zu Punkt 10**      **Barrierefreier Ausbau von Bushaltstellen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6563/2020-2025

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt **Kenntnis** -

-.-.-

**Zu Punkt 11**      **Tätigkeitsbericht der WTG-Behörde 2021/2022**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6426/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist darauf, dass die WTG-Behörde seit dem 01.01.2023 auch für die WfMB zuständig sei. Der Berichtszeitraum liege aber davor. Über die Tätigkeit der WTG-Behörde in den WfMB werde also erst künftig berichtet.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt **Kenntnis** -

-.-.-

**Zu Punkt 12**      **Open Sundays - Etablierung als Regelangebot und finanzielle Absicherung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6718/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Beschlussvorlage. Frau Schönfeld berichtet, dass die Vorlage im Schulausschuss auf sehr positive Resonanz gestoßen sei.

**Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss, dem Sozial- und Gesundheitsausschuss und dem Jugendhilfeausschuss, dem Finanz- und Personalaus-**

**schuss zu empfehlen, zu beschließen:**

- 1. Der Open Sunday soll in den Bielefelder Stadtbezirken als regelmäßiges, niedrigschwelliges Bewegungsangebot etabliert und abgesichert werden.**
- 2. Zur dauerhaften finanziellen Absicherung des Open Sunday in Bielefeld werden die bereits im Haushalt von 540 eingestellten, aber nicht benötigten Finanzmittel für die Maßnahme „Viertelpunkt“ in Höhe von 140.666 € für das Jahr 2024 und in Höhe von 163.212 € ab dem Jahr 2025 umgewidmet.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 13 Haushaltsplan und Stellenplan 2024**

**Zu Punkt 13.1 Haushaltsplan und Stellenplan 2024 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6498/2020-2025

**Beschluss:**

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

- 1. Den Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der als Anlage 6 beigefügten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2024 – 2027 (Statistische Kennzahlen)“ mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.
- 2. Den Teilergebnisplänen** der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2024 – 2027 (Ergebnisplanung) mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden:

Produktgruppe	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Ordentliches Ergebnis
11.01.66 SGA, Seniorenrat, Beiräte	2.493 €	136.328 €	0 €	133.835 €
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	90.355.486 €	142.520.460 €	0 €	52.164.974 €
11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts	71.952.080 €	97.634.167 €	12.000 €	25.670.087 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	15.791.901 €	80.756.227 €	0 €	64.964.326 €
<b>Insgesamt</b>	<b>178.101.960 €</b>	<b>321.047.182 €</b>	<b>12.000 €</b>	<b>142.933.222 €</b>

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der nachstehenden Produktgruppe wird zugestimmt:

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis 2024
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	51.000 €	114.100 €	63.100 €
<b>Insgesamt</b>	<b>51.000 €</b>	<b>114.100 €</b>	<b>63.100</b>

4. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

5. Dem **Stellenplan 2024** für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 13.2 Haushaltsplan und Stellenplan 2024 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6482/2020-2025

**Beschluss:**

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.

## 2. Den Teilergebnisplänen der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Fachbeirat für Mädchenarbeit	149 €	286.057 €	<b>285.908 €</b>
11.05.07	Unterhaltsvorschuss	13.830.044 €	16.414.269 €	<b>2.584.225 €</b>
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	111.028.331 €	213.438.398 €	<b>102.410.067 €</b>
11.06.02	Förderung von Familien	10.566.936 €	118.737.982 €	<b>108.171.046 €</b>
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	284 €	1.943.152 €	<b>1.942.868 €</b>
<b>Summen</b>		<b>135.425.744 €</b>	<b>350.819.858 €</b>	<b>215.394.114 €</b>

## und den Teilfinanzplänen A und B der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	20.000 €	782.500 €	<b>762.500 €</b>
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	67.000 €	<b>57.000 €</b>
<b>Summen</b>		<b>30.000 €</b>	<b>849.500 €</b>	<b>819.500 €</b>

wird zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushalt 2024 wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf 2024** für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird entsprechend der Veränderungsliste Verwaltungsentwurf Stellenplan 2024 (Anlage 2) zugestimmt.
5. Der Freigabe des **Zuschusses an die Ärztliche Beratungsstelle** in Höhe von 21.000 € zur Förderung einer Maßnahme zur Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche für das Jahr 2024 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 13.3 Haushaltsplan und Stellenplan 2024 für das Büro für Sozialplanung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6334/2020-2025

**Beschluss:**

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, den Haushaltsplan 2024 mit den Plandaten für die Jahre 2025 bis 2027 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Dem **Teilergebnisplan** der

Produktgruppe	Haushalts-jahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2024	51.517 €	4.099.372 €	<b>4.057.855 €</b>

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haushalts-jahr	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2024	0 €	4.000 €	<b>4.000 €</b>

wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2024 - 2027 mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe 11.01.31 für den Haushalt 2024 wird zugestimmt.
4. Dem **Stellenplanentwurf** 2024 für das Büro für Sozialplanung wird unter Berücksichtigung der als Anlage 3 beigefügten Veränderungsliste mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 14 Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Herr Hagemann äußert sich enttäuscht darüber, dass es in der heutigen Sitzung keine Berichterstattungen zu einzelnen TOPs gegeben habe. Vorsitzender Herr Dr Bruder verweist auf die kurzfristigen Erkrankungen.

-.-.-

**Zu Punkt 15**      **Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)**

Es gibt Berichte aus dem Schulausschuss und dem Stadtentwicklungsausschuss sowie aus dem Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr.

-.-.-

**Zu Punkt 16**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

**Zu Punkt 17**      **Bericht an die Presse**

Vorsitzender Herr Dr. Bruder greift die geplante Kürzung der Inklusionspauschale nochmals auf. Frau Stock stellt die Frage nach den Konsequenzen für die Kinder in Bielefeld mit Schulbegleitung.

Herr Hagemann teilt mit, dass die aktuellste Meldung der Landesregierung laute, dass es sich bei den in Rede stehenden Mitteln um ein Projekt „on Top“ gehandelt habe. Dieses Projekt solle evaluiert werden, das werde aber erst nach dem Beschluss des Haushalts abgeschlossen sein. Daher werde im Haushalt eine „0“ angegeben. Dies führe zu geringen Erwartungen, dass es bei der bisherigen Summe von 34 Mio. Euro bleiben werde. Insbesondere die aktuell fehlende Planungssicherheit führe zu Problemen. Er regt eine Stellungnahme des Gremiums zu diesem Thema an.

Vorsitzender Herr Dr. Bruder greift diesen Vorschlag auf:  
Der Beirat für Behindertenfragen solle sich an die Presse wenden und darauf hinweisen, dass er generell eine Kürzung der Inklusionspauschale ablehne und dass eine Unterbrechung der Finanzierung zu Versorgungslücken bei den Betroffenen führe.

Frau Stock stimmt dem zu und beschreibt die Auswirkungen von fehlender Schulbegleitung, die sie in ihrer Praxis erfahre: einige Kinder seien ohne ihre Schulbegleitung in der Schule nicht willkommen und müssten zu Hause bleiben. Die Pauschale dürfe solange nicht gekürzt werden, wie das Schulsystem nicht auf die Kin-

der ausgerichtet sei, die diese Unterstützung bräuchten.

Die Anwesenden sind damit einverstanden, dass Vorsitzender Herr Dr. Bruder zusammen mit Frau Stock eine Pressemeldung entwirft.

Frau Schönfeld berichtet von der Staatenprüfung, bei der die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland betrachtet wurde. Die Initiative „Allianz inklusive Bildung“ bitte um Unterstützung eines Offenen Briefes.

-.-.-

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Dr. Bruder  
(Vorsitzender)

---

Zimmermann  
(Schriftführerin)